

Normale Arbeitsverhältnisse sind weiterhin die Regel

Von Michael Arnold, Anselm Mattes und Gert G. Wagner

Seit den 80er Jahren ist die Zahl jener Personen im erwerbsfähigen Alter, die keiner bezahlten Beschäftigung nachgehen, in (West-) Deutschland deutlich zurückgegangen. Entsprechend ist unter den 18- bis 67-Jährigen der Anteil derjenigen ohne Job gesunken. Dieser Beschäftigungszuwachs fand vor allem zugunsten der geringfügigen Beschäftigung oder einer Tätigkeit als Solo-Selbständige/r statt und weniger bei den normalen Arbeitsverhältnissen. Die vorliegende Analyse auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt aber auch, dass der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an allen Erwerbsfähigen nicht abgenommen hat. Personen, die einer atypischen Beschäftigung nachgehen, sind spezifischen Risiken ausgesetzt. Um dem Trend zu diesen Beschäftigungsverhältnissen entgegenzuwirken, sind verschiedene Maßnahmen denkbar. Dazu gehören ein Ausbau der Kinderbetreuung, die Abschaffung der Sonderregeln für Mini-Jobs sowie eine Versicherungspflicht für Alter und Unfall für bislang nicht abgesicherte Selbständige.

Folgt man dem politischen Feuilleton, so stirbt die sogenannte Mittelschicht¹ in Deutschland aus und die prekäre Beschäftigung wird mehr und mehr zur Norm.² Dieser empirische Befund beruht auf der Mitte der 80er Jahre vom Soziologen Ulrich Beck entwickelten These von der *Risikogesellschaft* (1986).³ Er diagnostizierte, dass mit dem Ende der Vorherrschaft industrieller Produktionsweisen die durch Sozialstaat und Sozialpartnerschaft geformten und geordneten ökonomischen Rahmenbedingungen immer mehr an Bedeutung verlören und zu einer Risikogesellschaft führten. Der Prozess schien naturgesetzlich vorgezeichnet zu sein. Etliche Parteien, Gewerkschaften oder auch Kirchen richteten fortan ihre Strategien immer mehr auf den vermeintlich immer größer werdenden unteren Rand der Gesellschaft aus.

Der 2001 erstmals vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung⁴ thematisiert zwar nicht nur den unteren Rand der Gesellschaft, sondern ausdrücklich auch die oberste Schicht. Dadurch geriet die Mitte allerdings noch mehr aus dem Fokus von Öffentlichkeit

1 Zu diesem Begriff vgl. den Kasten bei Grabka, M. M. et al. (2016): Schrumpfender Anteil an BezieherInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 18/2016, 392-393; Geiger, T. (1987): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes: soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Faksimile-Nachdruck der 1. Auflage 1932, Stuttgart. Vgl. auch Wagner, G. G. (2012): Die Inflation der Mittelschicht-Begriffe führt in die Irre. DIW Wochenbericht Nr. 51+52/2012.

2 Die empirischen Ergebnisse dieses Wochenberichts basieren auf einer Expertise der DIW Econ für die IG BCE, Arnold, M., Mattes, A., Wagner, G. G. (2015): Zur anhaltend prägenden Rolle des Normalarbeitsverhältnisses auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Berlin, www.igbce.de/vanity/renderDownloadLink/23242/118822. Für eine Diskussion dieser Befunde vgl. Hirschel, D., Krämer, R. (2015): Ab durch die Mitte? Normalbeschäftigte, Prekäre und die Rolle der Gewerkschaften. *Sozialismus*, 43. Jg., Heft 2, 20-23; und Höhn, H. (2015): Ab durch die Mitte: eine Replik. *Sozialismus*, 43. Jg., Heft 4, 20-25.

3 Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main.

4 Vgl. zuletzt BMAS (2013): *Lebenslagen in Deutschland: Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin; sowie Wagner, G. G. (2013): Anmerkungen zur Geschichte und Methodik des Armuts- und Reichtumsberichts. In: Hirschel, D., Paic, P., Zwick, M. (Hrsg.): *Daten in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung – Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Joachim Merz*. Wiesbaden, 51-70.

und Politik. Die Mitte der Gesellschaft wird vielmehr – nicht zuletzt aufgrund schwankender oder sinkender Einkommensanteile – immer wieder „unter Druck“ gesehen.⁵

Wer gehört zur ArbeitnehmerInnen-Mitte?

In diesem Bericht wird ein Aspekt der Entwicklung der Sozialstruktur seit 1984 in der Bundesrepublik Deutschland nachgezeichnet.⁶ Der Fokus liegt auf den normalen oder typischen Arbeitsverhältnissen abhängig Beschäftigter. Die Einkommensentwicklung wird nicht betrachtet.⁷ In den Blick genommen wird die Erwerbsbevölkerung, das heißt alle Personen im Alter von 18 bis 67 Jahren.⁸ Datenbasis ist die Langzeiterhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP).⁹ Da das SOEP im Jahr 1984 in Westdeutschland begonnen wurde, ist damit der Anfangszeitpunkt der Analyse markiert. Die Mitte der 80er Jahre sind auch ein inhaltlich guter Startpunkt, da zu dieser Zeit in Westdeutschland kaum über eine Prekarisierung des Arbeitsmarkts diskutiert wurde. Das Normalarbeitsverhältnis wurde noch als dominierend angenommen. Dass viele Ehefrauen nicht erwerbstätig waren, wurde aber keineswegs als Ideal angesehen, sondern zunehmend, auch im Hinblick auf ihre Alterssicherung, diskutiert.¹⁰ Prekäre Beschäftigung gab es vermutlich reichlich, aber sie wurde statistisch nicht erfasst, da sie sich komplett im informellen Sektor abspielte (zum Beispiel bei haushaltsnahen Dienstleistungen).¹¹

5 Vgl. zum Beispiel jüngst Bosch, G., Kalina, T. (2015): Die Mittelschicht in Deutschland unter Druck. IAQ-Report, Nr. 2015-4.

6 Bis 1989 nur Westdeutschland, 1990 BRD und DDR, ab 1991 das wiedervereinigte Deutschland. Der Untersuchung liegt das Wohnortkonzept zugrunde. Einbezogen sind somit die Bevölkerung und die Erwerbstätigen, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben. Ausgeklammert sind GrenzgängerInnen, die zu einem Job nach Deutschland pendeln.

7 Die Beschreibung und Analyse der Einkommensverteilung ist eine eigenständige und wichtige Fragestellung, vgl. jüngst Grabka, M.M. et al. (2016), a. a. O.

8 Diese Altersabgrenzung wird gewählt, da die Erwerbsbeteiligung vor dem 18. Lebensjahr niedrig ist und das 67. Lebensjahr künftig die normale Altersgrenze sein wird.

9 Das SOEP ist die am längsten laufende multidisziplinäre Langzeitstudie in Deutschland, die als Teil der Forschungsinfrastruktur unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft im DIW Berlin von Bund und Ländern gefördert wird. Die Erhebung erfolgt durch TNS Infratest Sozialforschung (München). Vgl. Wagner, G. G. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Bd. 2, Heft 4, 301-328.

10 Vgl. zum Beispiel Krupp, H.-J., Wagner, G. G. (1982): Zur Notwendigkeit einer Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung: Das Beispiel des Voll Eigenständigen Systems. Die Angestelltenversicherung, Heft 5, 169-176; Jäkel, S., Kirner, E. (1987): Immer mehr Frauen im Beruf: zur längerfristigen Entwicklung des Erwerbsverhaltens von Frauen. DIW Wochenbericht Nr. 29, 393-402; sowie Kirner, E., Schulz, E., Roloff, J. (1990): Vereintes Deutschland – geteilte Frauengesellschaft? DIW Wochenbericht Nr. 41, 575-582.

11 Vgl. zum Beispiel Schwarze, J. (1990): Nebenerwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland: Umfang und Ursachen von Mehrfachbeschäftigung und Schattenwirtschaft. Frankfurt am Main.

Als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis gelten hier diejenigen Erwerbstätigen, die

- als ArbeitnehmerInnen (einschließlich BeamtInnen) voll- oder teilzeiterwerbstätig sind (ab 18 Stunden pro Woche),
- sich in einer Berufsausbildung befinden,
- an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen,
- oder im Mutterschutz beziehungsweise in Elternzeit sind.

Personen, die sich in einer Weiterbildung beziehungsweise im Mutterschutz/in Elternzeit befinden, werden als ArbeitnehmerInnen gezählt, da sie arbeitsmarktnah sind. Im Mutterschutz beziehungsweise während der Elternzeit liegt definitionsgemäß ein Arbeitsverhältnis zugrunde.

Solo-Selbständige sind keine abhängig Beschäftigten, aber oft nur für einen Auftraggeber tätig und mitunter sogar in dessen Betriebsablauf integriert. Deswegen werden sie hier als eigene Gruppe ausgewiesen.¹²

In diesem Bericht geht es um die Mitte der erwerbstätigen Bevölkerung und deren quantitative Entwicklung. Im Fokus steht dabei die Frage, ob gesamtwirtschaftlich betrachtet normale Beschäftigung durch prekäre Beschäftigung zurückgedrängt wurde.¹³

Leiharbeit kann anhand der verwendeten Daten nicht identifiziert werden. Die Zahl der bei den Leiharbeitsfirmen Beschäftigten ist zwar stark gestiegen – nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit von 30 000 im Jahr

12 Nicht zur ArbeitnehmerInnen-Mitte zählen hier Personen, die unregelmäßig oder ausschließlich geringfügig erwerbstätig sind (Mini- oder Midi-JobberInnen), in Teilzeit mit weniger als 18 Stunden pro Woche arbeiten, als Selbständige/r oder UnternehmerIn mit MitarbeiterInnen oder LandwirtInnen erwerbstätig sind oder nicht erwerbstätig (einschließlich arbeitslos gemeldet) sind. Auch Personen unter 18 Jahren beziehungsweise über 67 Jahren, gehören in diesem Bericht nicht zur ArbeitnehmerInnen-Mitte.

13 Alle Auswertungen beruhen auf der Version v30 des SOEP (Format SOEPlong) und sind mit den Standard-Hochrechnungsfaktoren im SOEP-Datensatz querschnittsgewichtet. Vereinzelt fehlende Angaben bei einigen Variablen werden als qualitäts-neutrale Ausfälle behandelt, das heißt für diese Fälle wird implizit der Mittelwert der untersuchten Gruppe angenommen. Ausgewertet werden die Daten für die Jahre 1984 bis 2013. Als Basis der Auswertungen stehen für das Jahr 1984 (nur für Westdeutschland beziehungsweise die Bundesrepublik Deutschland) die Angaben von 12 178 Befragten (16-Jährige und Ältere) in 5 863 Haushalten zur Verfügung, 1990 13 889 Personen in 6 750 Haushalten (in der BRD und der DDR), 1991 13 587 Personen in 6 629 Haushalten (in Gesamtdeutschland beziehungsweise der BRD) und 2013 24 228 Befragungspersonen in 14 055 Haushalten. Im SOEP sind sogenannte Anstaltshaushalte, darunter beispielsweise BewohnerInnen von Alten- und Pflegeheimen, unterrepräsentiert. Nicht enthalten sind Insassen von Gefängnissen und in Deutschland arbeitende VertragsarbeitnehmerInnen und Saisonkräfte. Auch Pflegekräfte, die aus Osteuropa nach Deutschland pendeln (sofern sie nicht faktisch permanent hier leben), werden – wie auch von allen anderen statistischen Erhebungen – nicht erfasst.

1984 auf etwa 800 000 im Jahr 2016.¹⁴ Dennoch beträgt ihr Anteil an allen Beschäftigten nur etwa zwei Prozent. Das Bild über die Entwicklung der hier betrachteten Normalarbeitsverhältnisse wird dadurch nicht beeinflusst, wohl aber das Ausmaß unsicherer Arbeitsverhältnisse unterschätzt.

Alle Auswertungen sind deskriptiv, das heißt es wird kein Versuch unternommen, die Entwicklungen statistisch in einzelne Komponenten zu zerlegen und darauf basierend Kausalaussagen und Prognosen zu treffen. Ziel der Untersuchung ist es, einen differenzierten und teilweise neuen Blick auf die Entwicklungen zu werfen, die in den letzten Jahr(zehnt)en sehr spezifisch betrachtet wurden.

Empirische Ergebnisse

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren im Jahr 2013 etwa 40 Prozent in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt. Davon waren knapp 75 Prozent Vollzeitbeschäftigte, gut zehn Prozent regulär Teilzeitbeschäftigte und knapp fünf Prozent befanden sich in einer Lehre. Knapp zehn Prozent absolvierten eine Weiterbildung oder nahmen eine Elternzeit in Anspruch (Abbildung 1). Gut drei Prozent der Gesamtbevölkerung waren Solo-Selbständige, die als eigene Kategorie ausgewiesen werden.

Befristete Beschäftigung wird vielfach zu prekärer Beschäftigung gezählt. Im Jahr 2013 machten laut SOEP befristete Arbeitsverhältnisse etwa zwölf Prozent aller normalen Arbeitsverhältnisse in Vollzeit und 18 Prozent in Teilzeit aus. Der Anteil ist seit dem Jahr 2000 nicht gewachsen.¹⁵

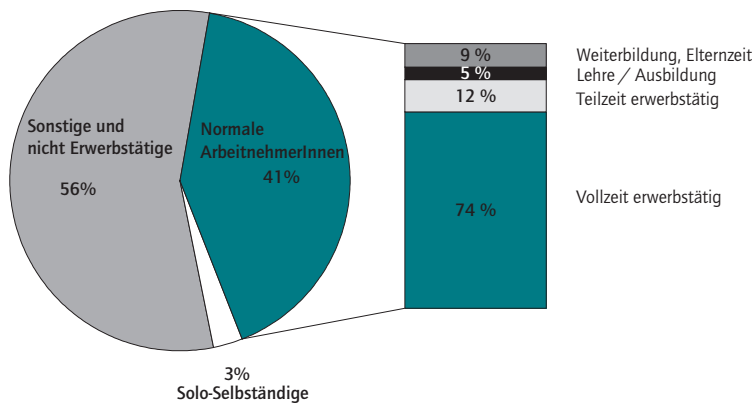
Bezogen auf die Erwerbsstruktur der Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland nur noch geringfügig (Abbildung 2). Immer noch gibt es in Ostdeutschland mehr Vollzeit-erwerbstätige und etwas mehr Nichterwerbstätige.

Eine nach Geschlecht differenzierte Betrachtung zeigt, dass nach wie vor mehr Frauen als Männer nicht erwerbstätig sind und dass Frauen häufiger einer „sonstigen Erwerbstätigkeit“ nachgehen – das heißt vor allem einer abhängigen Beschäftigung mit kurzer Arbeitszeit (Abbildung 3). Entsprechend groß ist der Unterschied mit Blick auf die Vollzeiterwerbstätigkeit zwischen den Geschlechtern.

Abbildung 1

Normale ArbeitnehmerInnen¹ in Deutschland (2013)

In Prozent



¹ Gewichtete Werte.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

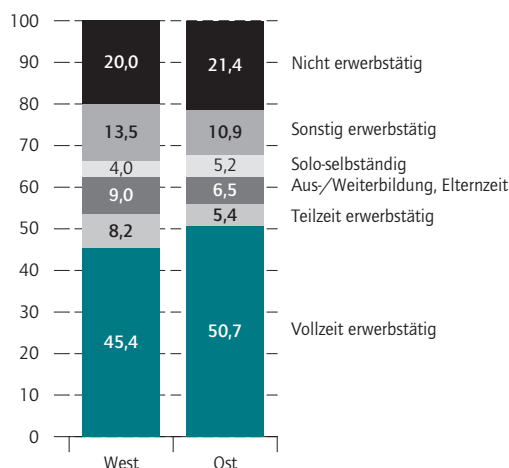
© DIW Berlin 2016

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind mehr als 40 Prozent der Menschen in Deutschland im Jahr 2013 normale ArbeitnehmerInnen.

Abbildung 2

Verteilung der erwerbsfähigen¹ Bevölkerung nach West- und Ostdeutschland (2013)

In Prozent



¹ Gewichtete Werte; Erwerbsfähige umfassen die Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

West- und Ostdeutschland unterscheiden sich hinsichtlich der Erwerbsstruktur der Bevölkerung nur wenig.

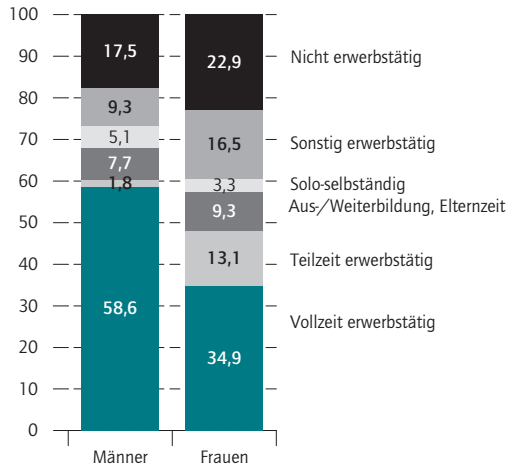
¹⁴ Der Mikrozensus weist weniger Leiharbeiter aus, und die Zahl ist seit 2010 rückläufig.

¹⁵ Vor dem Erhebungsjahr 2000 wurden befristete Beschäftigte nicht vergleichbar erhoben.

Abbildung 3

Verteilung der erwerbsfähigen¹ Bevölkerung nach Geschlecht (2013)

In Prozent



¹ Gewichtete Werte; Erwerbsfähige umfassen die Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

Nach wie vor sind deutlich mehr Männer als Frauen Vollzeit erwerbstätig.

Anteil der normalen Beschäftigungsverhältnisse an allen Erwerbsfähigen über die Zeit nicht gesunken

Bei der Betrachtung über die Zeit seit 1984 ist die deutsche Wiedervereinigung zu berücksichtigen (Abbildung 4). Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik stieg die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland von etwa 60 Millionen auf über 80 Millionen an. Außerdem gab es in der DDR fast ausschließlich Normalarbeitsverhältnisse.

Auf die strukturelle Gliederung der Bevölkerung, etwa in Erwerbstätige und Nichterwerbstätige, hatte die Wiedervereinigung aber nur relativ geringe Auswirkungen (Abbildung 5). Dies liegt vornehmlich daran, dass die Menschen in Ostdeutschland nur etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Deutlich wird auch, dass die vieldiskutierte demografische Alterung der Bevölkerung sich bislang kaum ausgewirkt hat. Der Anteil der überwiegend nicht erwerbstätigen Jungen unter 18 Jahren und der der Alten über 67 Jahren ist kaum gestiegen. Deutlich erkennbar ist, dass in Deutschland insgesamt der Anteil der nicht erwerbstätigen Personen seit 1984 (bis 1990 nur Westdeutschland) zurückgegangen ist. Selbst im Vergleich zu 1990, als die Erwerbsbeteiligung auf dem Gebiet der DDR deutlich höher war als in der Bundesrepublik Deutschland, ist der Anteil der Erwerbsfähigen, die nicht erwerbstätig sind, kleiner geworden.

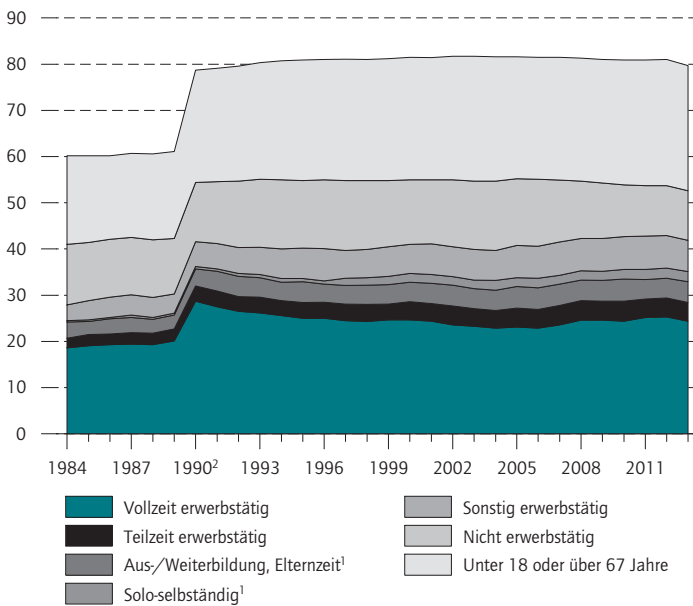
Der Blick auf die Erwerbsfähigen, hier operationalisiert als Gruppe der 18- bis 67-Jährigen, zeigt, dass der Anteil der Nichterwerbstätigen von 32 Prozent im Jahr 1984 (Westdeutschland) auf 20 Prozent im Jahr 2013 (Gesamtdeutschland) zurückgegangen ist (Abbildung 6). Der Rückgang der Vollzeiterwerbstätigkeit nach dem Jahr 1990, der mit einer hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland einherging, ist seit dem Jahr 2006 wieder wettgemacht worden. Diejenigen Gruppen, die nicht zur Mitte der ArbeitnehmerInnen zählen (darunter auch die Solo-Selbständigen¹⁶) sind – gemessen an allen Erwerbsfähigen – moderat angewachsen.

Dieser Befund ist kompatibel mit dem Phänomen, dass anormale Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat; was oft mit einer zunehmenden Prekarisierung der Arbeitswelt gleichgesetzt wird. Üblicherweise werden die Anteile der unterschiedlichen

Abbildung 4

Verteilung der Gesamtbevölkerung¹

In Millionen Personen



¹ Gewichtete Werte; Unschärfen bei Solo-Selbständigen vor 1997 und Personen in Elternzeit/Mutterschutz vor 1990.

² Bis 1990 nur Westdeutschland.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

Mit der Wiedervereinigung stieg die Bevölkerungszahl von 60 Millionen auf 80 Millionen Menschen.

¹⁶ Bis 1997 wurden ausschließlich FreiberuflerInnen im SOEP separat erfasst. Sonstige Selbständige ohne MitarbeiterInnen waren Teil der Gruppe „Selbständige mit weniger als neun MitarbeiterInnen“. Seit 1997 werden sie ebenfalls eigenständig geführt und bilden zusammen mit den FreiberuflerInnen die Gruppe der Solo-Selbständigen.

Beschäftigungstypen nicht auf alle Erwerbsfähigen bezogen, sondern nur auf die Erwerbstätigen. Damit wird die Strukturveränderung innerhalb der aktiv Beschäftigten umrissen; ausgeblendet wird indes, dass sich in Bezug auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter der Anteil der Personen in Normalarbeitsverhältnissen im Vergleich von 1984 zu heute praktisch nicht verändert hat.

Zählt man nur Voll- und regulär Teilzeiterwerbstätige zu den normal Beschäftigten, ging ihr Anteil an allen Erwerbstätigen von 85 Prozent im Jahr 1984 auf 76 Prozent im Jahr 2013 zurück (Abbildung 7). Betrachtet man stattdessen alle Erwerbsfähigen, liegt der Anteil der normal Beschäftigten hingegen 2013 mit 54 Prozent sogar etwas höher als im Jahr 1984 mit 51 Prozent (Abbildung 6).

Anteil unregelmäßig und geringfügig erwerbstätiger Personen an allen Erwerbstätigen auf vergleichsweise geringem Niveau

Geringfügig Beschäftigte (seit 2003 sogenannte Mini-JobberInnen) sind abhängig Beschäftigte, deren Monatslohn einen bestimmten Betrag nicht überschreitet (zurzeit 450 Euro; 1984 waren es 390 DM) oder die unregelmäßig und jeweils nur für kurze Zeit erwerbstätig sind.¹⁷ Sie erwerben nur geringe Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme. Nur der Arbeitgeber zahlt Steuern und Beiträge zu den Sozialversicherungen. Die Grenzen zur Schwarzarbeit sind in der Realität fließend.

In den Auswertungen wurden die ausschließlichen Mini-JobberInnen den sonstigen Erwerbstätigen zugerechnet, die nicht zur Mitte der ArbeitnehmerInnen zählen.¹⁸

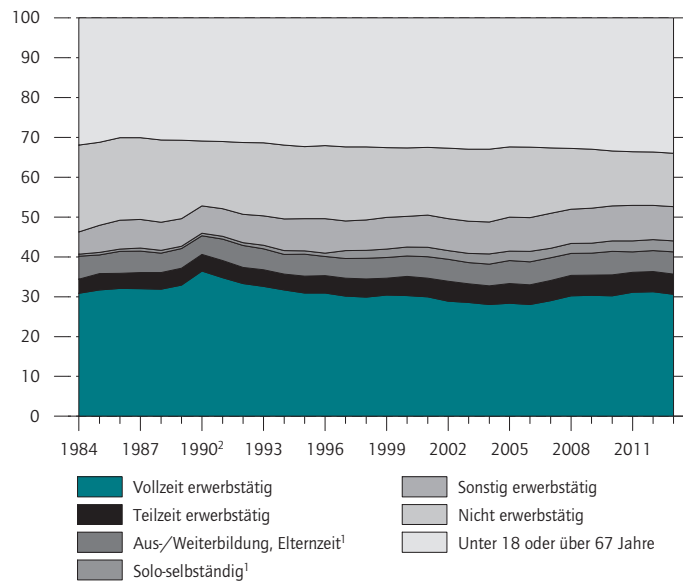
¹⁷ Vgl. Wagner, G.G. (1988), a. a. O.

¹⁸ Die statistische Erfassung der geringfügigen Beschäftigung ist schwierig, da einige Mini-JobberInnen sich nicht als in der Hauptsache erwerbstätig einstufen, vgl. dazu Schwarze, J. (1990): Probleme und Möglichkeiten bei der Erfassung geringfügiger Beschäftigung. Allgemeines Statistisches Archiv, 74. Jg., 345-360; Schwarze, J. (1992): Geringfügige Beschäftigung in der Erwerbsstatistik - Anmerkungen zur Änderung des Leitfragenkonzeptes im Mikrozensus und Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels für 1990. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 25. Jg., 534-543. Deswegen muss man davon ausgehen, dass der amtliche Mikrozensus die Zahl der Mini-Jobs untererfasst, vgl. Joachim, J., Kaiser, L., Schupp, J., Wagner, G. G. (1999): Zur Erhebungsproblematik geringfügiger Beschäftigung: Ein Strukturvergleich des Mikrozensus mit dem sozio-ökonomischen Panel und dem Europäischen Haushaltspanel. In: Lüttinger, P. (Hrsg.): Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus. ZUMA Nachrichten Spezial, Band 6, Mannheim, 93-118). Das SOEP - bei dem an zwei Stellen im Fragebogen nach Mini-Jobs gefragt wird (als Haupterwerbstätigkeit und als Nebentätigkeit) weißt mehr Mini-Jobs aus, allerdings auch viel weniger als die Minijob-Zentrale, bei der Mini-Jobs gemeldet werden müssen. Es ist aber davon auszugehen, dass dort auch viele „Karteileichen“ dabei sind (und einige „Mini“-JobberInnen werden unter verschiedenen Namen mehrfache Mini-Jobs ausüben).

Abbildung 5

Verteilung der Gesamtbevölkerung¹

In Prozent



¹ Gewichtete Werte; Unschärfen bei Solo-Selbständigen vor 1997 und Personen in Elternzeit/Mutterschutz vor 1990.
² Bis 1990 nur Westdeutschland.

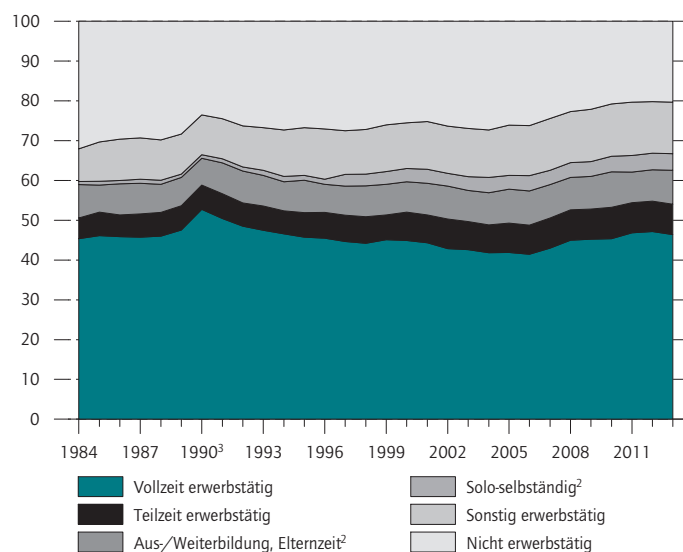
Quellen: Das Sozio-ökonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

Die Wiedervereinigung hat die Erwerbstruktur der Bevölkerung kaum beeinflusst.

Abbildung 6

Verteilung der erwerbsfähigen¹ Bevölkerung

In Prozent



¹ Gewichtete Werte; Erwerbsfähige umfassen die Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren.

² Unschärfen bei Solo-Selbständigen vor 1997 und Personen in Elternzeit/Mutterschutz vor 1990.
³ Bis 1990 nur Westdeutschland.

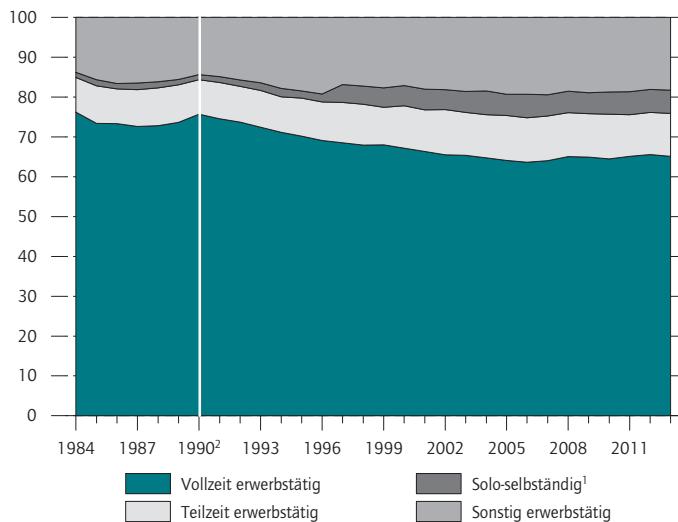
Quellen: Das Sozio-ökonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

Der Anteil der Nichterwerbstätigen an allen Erwerbsfähigen ist seit 1984 deutlich gesunken.

Abbildung 7

Verteilung der erwerbstätigen Personen¹

In Prozent



1 Gewichtete Werte; Unterschätzung der Solo-Selbständigen vor 1997.
 2 Bis 1990 nur Westdeutschland.
 Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

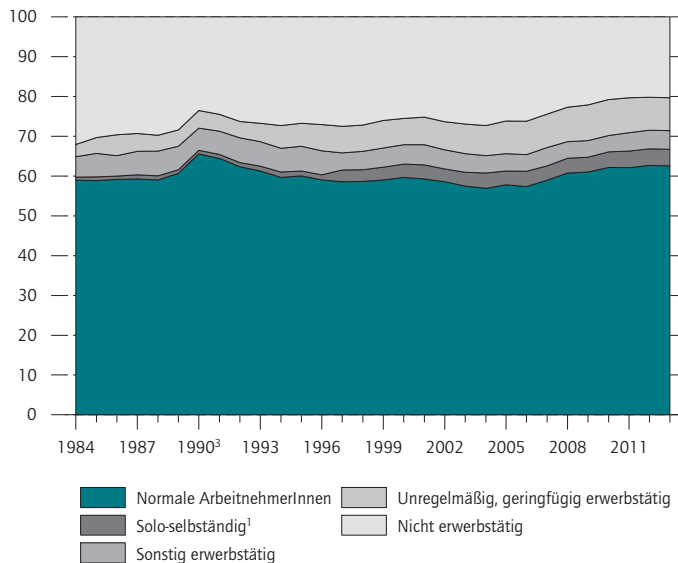
© DIW Berlin 2016

Der Anteil der normal Beschäftigten an allen Erwerbstätigen ist in den vergangenen Jahrzehnten etwas zurückgegangen.

Abbildung 8

Unregelmäßig oder geringfügig erwerbstätige Personen¹

Anteil an allen Erwerbsfähigen² in Prozent



1 Gewichtete Werte; Unschärfen bei Solo-Selbständigen vor 1997 und Personen in Elternzeit/Mutterschutz vor 1990.
 2 Bevölkerung im Alter von als 18 bis 67 Jahren.
 3 Bis 1990 nur Westdeutschland.
 Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

Gemessen an allen Erwerbsfähigen machen Mini-JobberInnen nur einen kleinen Anteil aus.

Betrachtet man die Mini-JobberInnen indes als eigene Gruppe, zeigt sich ein deutlicher Anstieg seit den 90er Jahren, insbesondere nach dem Jahr 2002, als die Reform geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse wirksam wurde (Abbildung 8). Allerdings machen auch heute noch ausschließliche Mini-JobberInnen nur einen kleinen Anteil an allen Erwerbsfähigen aus.

Ohne Zweifel befinden sich Personen, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus den Einkünften eines Mini-Jobs bestreiten, in einer prekären Lebenssituation, wenn sie nicht auf Vermögenseinkommen zurückgreifen können. Nicht wenige Mini-JobberInnen stocken ihr Einkommen mit Arbeitslosengeld II auf.¹⁹ Es ist allerdings nicht sinnvoll, alle Mini-JobberInnen als prekär Beschäftigte zu bezeichnen, da es etliche unter ihnen gibt, die in einem Haushalt leben, in dem mindestens ein/e normal Beschäftigte/r oder ein/e andere/r Erwerbstätige/r lebt. Auch Studierende, die einen Mini-Job ausüben, sind vielfach in einer schwierigen Lebenssituation. In einer tatsächlich prekären Situation befinden sich aber nur die Mini-JobberInnen (ohne Studierende), in deren Haushalten sonst keine BezieherInnen von Erwerbseinkommen leben. Diese Gruppe ist relevant und seit dem Jahr 1991 ist sie auch gewachsen, gemessen an allen Erwerbsfähigen war ihr Anteil mit etwa drei Prozent im Jahr 2013 jedoch nicht groß (Abbildung 9).

Solo-Selbständige sind weiterhin eine relativ kleine Gruppe

Bei Solo-Selbständigen wird zwischen FreiberuflerInnen und Selbständigen (jeweils ohne MitarbeiterInnen) unterschieden (Abbildung 10). Etwa die Hälfte der Solo-Selbständigen sind FreiberuflerInnen, die nicht per se prekär beschäftigt sind und zumindest teilweise ein ausreichendes oder gar hohes Einkommen erzielen.²⁰ Die Bedeutung der Solo-Selbständigkeit hat über die Zeit zwar deutlich zugenommen, ein tiefgreifender Strukturwandel der gesamten Arbeitswelt, etwa durch Digitalisierung, ist momentan jedoch nicht erkennbar. Seit 2012 geht die Zahl der Solo-Selbständigen sogar leicht zurück.²¹

19 Im Juni 2013 waren es etwa 620 000 Personen, vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik (2014): Hintergrundinformationen. Neue Ergebnisse zu sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitslosengeld-II-Beziehern in Vollzeit und Teilzeit. Nürnberg, 3.

20 Zu beachten ist, dass der Anstieg von 1997 auf 1998 auf messtechnische Gründe zurückzuführen ist: Vor dem Jahr 1997 konnten im SOEP Solo-Selbständige nicht identifiziert werden, da sie in die Gruppe der Selbständigen mit weniger als neun Mitarbeitern einsortiert wurden.

21 Vgl. dazu auch Brenke, K. (2015): Selbständige Beschäftigung geht zurück. DIW Wochenbericht Nr. 36/2015, 790–796.

Anteil der Haushalte mit normalen ArbeitnehmerInnen blieb weitgehend konstant

Um die soziale Lage der Erwerbstätigen besser beurteilen zu können, ist ihr Haushaltskontext zu beachten. In den Blick genommen wird, in wie vielen Haushalten mindestens ein/e ArbeitnehmerIn mit einem Normalarbeitsverhältnis lebt.

Der Anteil der Haushalte mit mindestens einem/r normalen ArbeitnehmerIn an allen Haushalten liegt seit dem Jahr 1984 durchweg über 50 Prozent (Abbildung 11). Der Rückgang von 61 Prozent im Jahr 1984 auf 52 Prozent im Jahr 2013 hängt mit der Alterung der Bevölkerung zusammen. Schließt man Haushalte mit ausschließlich älteren Menschen (über 67 Jahren) aus der Betrachtung aus, findet sich seit 1984 in durchweg in zwei Dritteln der Haushalte ein/e ArbeitnehmerIn in einem Normalarbeitsverhältnis. Allerdings ist der Anteil von etwa 76 Prozent (Westdeutschland) auf 69 Prozent (Gesamtdeutschland) zurückgegangen (Abbildung 12). Eine stark um sich greifende Prekariisierung ist auf Haushaltsebene daher in dieser Hinsicht nicht erkennbar.

Schlussfolgerungen

Gemessen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist der Anteil von ArbeitnehmerInnen in den hier betrachteten Normalarbeitsverhältnissen seit Mitte der 80er Jahre (damals nur Westdeutschland betrachtet) nicht zurückgegangen. Er liegt im Gegenteil recht stabil bei etwa 60 Prozent.²² Zurückgegangen ist der Anteil jener, die im erwerbsfähigen Alter (18 bis 67 Jahre) keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (der Anteil sank von fast einem Drittel auf etwa 20 Prozent). Auch wenn es unter den Erwerbstätigen mit Blick auf die Normalarbeitsverhältnisse durchaus Verdrängungseffekte gab, ist durch diese Entwicklung die normale Beschäftigung in Voll- oder Teilzeit nicht geringer geworden.

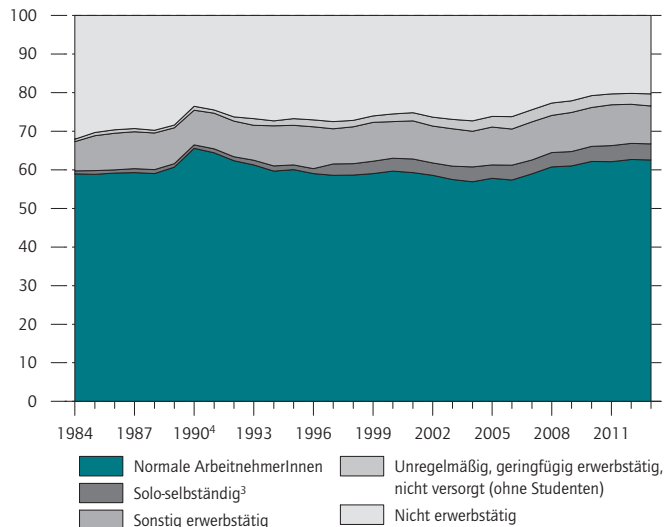
Es hat – wie gesagt – unter den Erwerbstätigen eine Strukturverschiebung gegeben: Während in den 80er Jahren in Westdeutschland Solo-Selbständigkeit und Mini-Jobs (beziehungsweise geringfügige Beschäftigung) nur eine kleine Rolle spielten, ist ihre Bedeutung in der Arbeitswelt gewachsen. Zuwächse gab es ebenfalls bei der Leiharbeit, der jedoch reguläre und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse zugrunde liegen können. Bei der Beurteilung der Arbeitswelt muss auch berücksichtigt werden, dass es inzwischen deutlich mehr Arbeitneh-

²² Seit 2013 ist die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter noch weiter angestiegen und die Zahl der Erwerbstätigen in übrigen Erwerbsformen gesunken. Vgl. Fuchs, J. et al. (2016): Beschäftigung und Arbeitskräfteangebot so hoch wie nie. IAB-Kurzbericht Nr. 6/2016.

Abbildung 9

Unregelmäßig und geringfügig erwerbstätige Personen ohne „weitere Versorgung“¹

Anteil an allen Erwerbsfähigen² in Prozent



¹ Gewichtete Werte; geringfügig erwerbstätige Personen (ohne Studierende), die nicht in Haushalten mit mindestens einer normal oder sonstig erwerbstätigen Person leben.

² Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren.

³ Unschärfen bei Solo-Selbständigen vor 1997.

⁴ Bis 1990 nur Westdeutschland.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

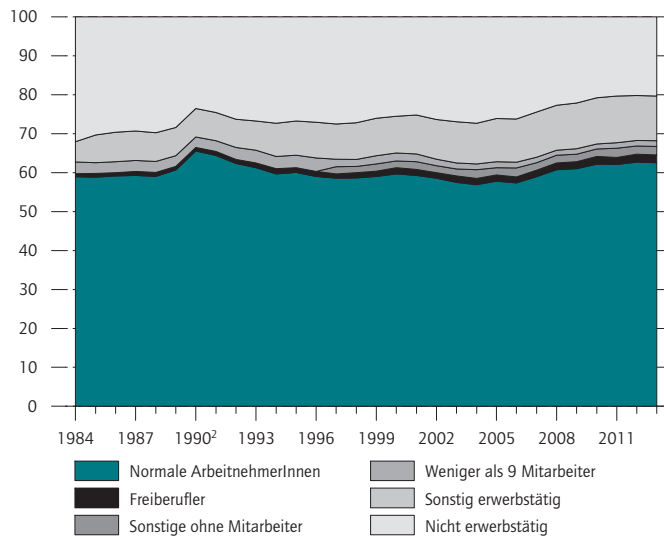
© DIW Berlin 2016

Der Anteil der prekär Beschäftigten ohne weitere Versorgung an allen Erwerbsfähigen ist seit 1991 zwar gestiegen, aber nur in geringem Maß.

Abbildung 10

Solo-Selbständige

Anteil an allen Erwerbsfähigen¹ in Prozent



¹ Gewichtete Werte; Erwerbsfähige umfassen die Bevölkerung im Alter von als 18 bis 67 Jahren.

² Bis 1990 nur Westdeutschland.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

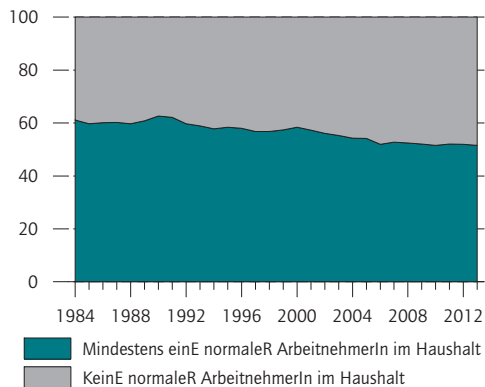
© DIW Berlin 2016

Die Bedeutung der Solo-Selbständigen hat über die Zeit leicht zugenommen.

Abbildung 11

Haushalte mit mindestens einem/r normalen ArbeitnehmerIn¹

Anteil in Prozent



¹ Gewichtete Werte; bis 1990 nur Westdeutschland.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

In der Mehrheit der Haushalte lebt mindestens eine normal beschäftigte Person.

merInnen gibt, die nach Deutschland pendeln. VertragsarbeitnehmerInnen, SaisonarbeiterInnen und im informellen Sektor tätige Pflegekräfte verändern das Bild der Arbeitswelt – ohne jedoch die Erwerbstätigkeit der InländerInnen direkt zu beeinflussen.

Es sei auch betont, dass trotz der unverändert zentralen Bedeutung normaler Voll- und Teilzeitarbeit die in der Mitte der Arbeitnehmerschaft erzielten Löhne unter Druck geraten sind. Es gibt nicht weniger normale ArbeitnehmerInnen, aber deren Einkommenssituation ist vielfach ungünstiger geworden.²³

Der Anstieg der nicht normalen oder atypischen Beschäftigung ist keineswegs einer Art naturgesetzlichen Wandels hin zu einer Risikogesellschaft zu verdanken,²⁴ sondern lässt sich mit Entwicklungen erklären, die auf politische Entscheidungen in Deutschland zurückgehen. Dazu zählen insbesondere die Reformen im Rahmen der Agenda 2010: Die Liberalisierung der Arbeitnehmerüberlassung, die Lockerung der Regelungen bei den Mini-Jobs, wodurch diese Beschäftigungsform deutlich zugenommen hat,²⁵ oder die zeitweilig starke Sub-

²³ Vgl. Grabka, M. M. et al. (2016), a. a. O.

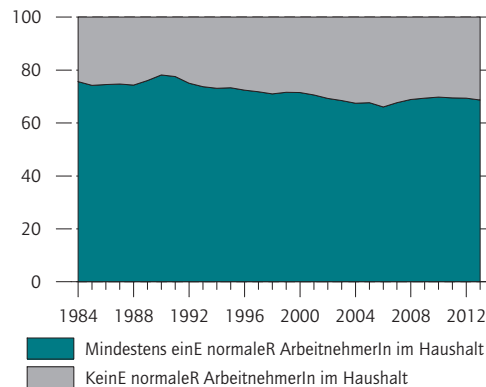
²⁴ Vgl. auch Wagner, G. G. (2011): Wir sind der Risikogesellschaft nicht ausgeliefert. DIW Wochenbericht Nr. 25/2011.

²⁵ Vgl. Grabka, M. M. et al. (2016), a. a. O.

Abbildung 12

Haushalte mit erwerbsfähigen Personen und mindestens einem/r normalen ArbeitnehmerIn¹

Anteil in Prozent



¹ Gewichtete Werte; ohne Haushalte, deren Mitglieder alle über 67 Jahre sind, bis 1990 nur Westdeutschland.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

In durchgehend etwa zwei Drittel der Haushalte, in denen erwerbsfähige Personen leben, ist mindestens eine Person normal beschäftigt.

ventionierung arbeitsloser ExistenzgründerInnen. All das fand zu Zeiten hoher Arbeitslosigkeit statt und stimulierte die Ausweitung von nicht normalen Arbeitsverhältnissen. Die Subventionierung von Existenzgründungen ist inzwischen zurückgefahren worden und die Privilegierung der Mini-Jobs könnte abgeschafft werden.²⁶

Es gibt weiterhin Sachverhalte, die sich nicht förderlich auf normale Arbeitsverhältnisse auswirken:

Erstens gibt es nach wie vor kein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung,²⁷ mit der Folge, dass oft nicht beide Elternteile – und vor allem kaum Alleinerziehende – einer normalen Beschäftigung nachgehen können. Zweitens wurde das BAFöG in realer Betrachtung so weit zurückgefahren, dass auch Studierende aus weniger einkommensstarken Familien heute nicht mit einer Förderung rechnen können und oftmals in Mini-Jobs arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren. Drittens sind Selbständige bisher nicht in die gesetzliche Altersvorsorge und in die Unfallversicherung einbezogen. Das könnte dazu geführt haben, dass eine selbständige Be-

²⁶ Vgl. Grabka, M. M. et al. (2016), a. a. O.

²⁷ Vgl. zum Beispiel Müller, K.-U., Spieß, C. K., Wrohlich, K. (2013): Rechtsanspruch auf Kitaplatz ab zweitem Lebensjahr: Erwerbsbeteiligung von Müttern wird steigen und Kinder können in ihrer Entwicklung profitieren. DIW Wochenbericht, Nr. 32/2013, 3-12.

NORMALARBEITSVERHÄLTNISSE

schäftigung aufgenommen und weitergeführt wurde, ohne dass damit Einkommen erzielt werden können, mit denen auch für das Alter vorgesorgt werden kann. Die erstgenannten zwei Entwicklungen könnten auch umgekehrt werden und für bislang nicht entsprechend abgesicherte Selbständige könnte eine Versicherungspflicht für Alter und Unfall eingeführt werden. Damit könnten Anreize gesetzt werden, um prekäre Beschäftigung unattraktiver zu machen und stattdessen normale Beschäftigung entstehen zu lassen.

Michael Arnold ist Junior Consultant bei der DIW Econ | marnold@diw-econ.de
Anselm Mattes ist Senior Consultant bei der DIW Econ | amattes@diw-econ.de

Prekäre Beschäftigung in erheblichem Ausmaß gibt bei AusländerInnen. Diese wird aber oft gar nicht wahrgenommen und taucht zum Teil auch nicht in den Statistiken auf: VertragsarbeitnehmerInnen aus dem Ausland, die zum Teil unter unwürdigen Bedingungen in Deutschland arbeiten und leben, Saisonarbeitskräfte für die Spargel- und Obsternte und schließlich Tausende von Frauen, die Haushalts- und Pflegetätigkeiten „freiberuflich“ ausüben. Diesen Gruppen fehlt aber eine durchsetzungsstarke Vertretung in Deutschland.

Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin | gwagner@diw.de

TYPICAL EMPLOYMENT SUBJECT TO MANDATORY SOCIAL SECURITY CONTRIBUTIONS REMAINS THE NORM

Abstract: Since the 1980s, in (West)Germany has been a substantial decline in the number of people of working age who are not in paid employment. Accordingly, the share of 18- to 67-year-olds without a job has also fallen. This increase in employment figures primarily benefited those in marginal employment or solo entrepreneurs and had less of an impact on those in typical employment. In fact, the present analysis, based on data from the Socio-Economic Panel (SOEP) study, shows that there has been

no decline in the share of those of working age who are in typical employment. However, individuals in atypical employment are exposed to some very specific risks. There are various possible measures that may help counteract this type of employment, including abolishing the special legislation on “mini-jobs” (salary of up to 450 euros per month), expanding childcare options, and introducing mandatory retirement and accident insurance for the uninsured self-employed.

JEL: E24, J21, Z13

Keywords: labor force participation, middle class, atypical employment, SOEP



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Critje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Marie Kristin Marten
Ilka Müller

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Claus Michelsen

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.